

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Fundamentaler Bruch“

US-Diplomat Richard Holbrooke über die außenpolitischen Konzepte der Präsidentschaftsrivalen Bush und Kerry, die Lage der Amerikaner im Irak und das Vietnam-Syndrom

Holbrooke, 63, zählt seit vielen Jahren zu den herausragenden Außenpolitikern der Demokratischen Partei, er machte sich vor allem 1995 um den Friedensschluss im Bosnien-Konflikt verdient. Der ehemalige Uno-Botschafter von Präsident Bill Clinton berät derzeit Bush-Herausforderer John Kerry, für den er das State Department übernehmen könnte. Mit dem Parteitag der Republikaner in New York tritt der amerikanische Wahlkampf diese Woche in eine neue Phase.

SPIEGEL: Herr Botschafter, wenn die Deutschen am 2. November wählen dürften, würden sie vermutlich mit übergroßer Mehrheit John Kerry dem amtierenden Präsidenten vorziehen. Aber ist es nicht eine Illusion, wenn wir uns von einem Präsidenten Kerry größere Veränderungen in der Außenpolitik erhoffen?

Holbrooke: Zwischen beiden Kandidaten gibt es grundlegende Unterschiede, was die internationalen Beziehungen angeht. Man muss sich doch nur ihren Hintergrund, ihre Biografien, ihre Haltung und ihre Stellungnahmen anschauen, um zu

wissen, wie sehr sich George W. Bush und John Kerry unterscheiden.

SPIEGEL: Bush zieht amerikanische Alleingänge vor, während Kerry internationale Koalitionen anstrebt, wie er sagt. Was bedeutet sein Multilateralismus in der Praxis?

Holbrooke: Multilateralismus ist die entscheidende Grundlage für die Vereinigten Staaten gewesen, zumindest von Franklin D. Roosevelt bis Bill Clinton. Jeder Präsident, Ronald Reagan inbegriffen, arbeitete mit unseren Freunden und Verbündeten zusammen und übte so die Führungsrolle Amerikas aus. Sobald die nationale Sicherheit der USA auf dem Spiel stand, war jeder Präsident bereit, allein vorzugehen, doch war das in den meisten Fällen weder wünschenswert noch wirksam – denken Sie an Vietnam. Wenn die transatlantischen Beziehungen stark sind, können wir Probleme am wirkungsvollsten bewältigen.

Die Regierung Bush bildet Koalitionen, wenn sie es kann, aber sie hat kein Interesse daran, dauerhafte Allianzen zu stärken. Sie hat etwa, meiner Ansicht nach, die zentrale Bedeutung der Nato gering geachtet. Und wenn sie Meinungsverschiedenheiten mit engen Verbündeten hatte, wie mit Deutschland wegen Irak, hat sie die Streitigkeiten vertieft, bis dar-



THOMAS DALLAL

Botschafter Holbrooke

„Falscher Lauf der Dinge“

aus ein fundamentaler Bruch entstand, anstatt das Problem einzugrenzen. Das sind grundlegende Fehler.

SPIEGEL: Noch ehe Gerhard Schröder und Joschka Fischer 1998 ihren Amtseid abgelegt hatten, fuhren sie nach Washington, wo ihnen der damalige Präsident Clinton eröffnete, dass ein Krieg im Kosovo geführt werden müsse. Er informierte sie, er konsultierte sie nicht. Ein Vorbild für künftige Beziehungen?

Holbrooke: Präsident Clinton hat 1998 nicht mitgeteilt, dass im Kosovo ein Krieg bevorstehe. Ich war Chefunterhändler, wir sind im Kosovo erst vorgegangen, als wir sämtliche Nato-Verbündeten auf unserer Seite wussten. Der Uno-Sicherheitsrat konnte keine Zustimmung erteilen, weil Russen und Chinesen Widerstand an-



Partner Schröder, Clinton in Berlin (1. Juni 2000), Oberbefehlshaber Bush bei seiner Rede nach dem Irak-Feldzug am 1. Mai 2003, Wahlkämpfer

gekündigt hatten. Erst im März 1999 begann der Krieg, erst alle Nato-Mitglieder einstimmig dem Nato-Oberbefehlshaber den Einsatzbefehl erteilt hatten.

SPIEGEL: Wie wichtig ist Deutschland für einen amerikanischen Präsidenten?

Holbrooke: Na ja, das hängt davon ab, wer Präsident ist.

SPIEGEL: Lassen Sie uns annehmen: John Kerry.

Holbrooke: Deutschland bleibt Amerikas wichtigster Verbündeter in Europa. Haben wir Schwierigkeiten mit den Deutschen, wie im Fall Irak, sollten wir daran arbeiten. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Grundlage unserer Beziehungen strapaziert wird. So haben wir in der Vergangenheit Differenzen behandelt, sei es wegen der Raketenauflistung in Europa, sei es wegen Vietnam oder ähnlicher Probleme.

SPIEGEL: Vor einigen Jahren waren Sie Uno-Botschafter Amerikas, jetzt beraten Sie John Kerry. Würden Sie den Anspruch Deutschlands unterstützen, ständiges Mitglied des Sicherheitsrates zu werden?

Holbrooke: Ich glaube, Deutschland sollte ein ständiges Mitglied werden, aber ich muss etwas klarstellen: Es ist nicht Amerikas Versäumnis, dass Deutschland dem Sicherheitsrat nicht angehört. Dafür sind erstens vor allem Deutschlands europäische Verbündete England und Frankreich verantwortlich, die ihren eigenen Status im Sicherheitsrat nicht schmälern wollen, und zweitens andere große EU-Länder wie Italien und Spanien, die der Auffassung sind, Deutschland sollte erst in den Sicherheitsrat aufgenommen werden, wenn ihnen das auch ermöglicht wird.

Unsere Einstellung ist bekannt, und ich habe sie mit Nachdruck vertreten, als ich in der Uno war.

SPIEGEL: Vor kurzem kündigte Präsident Bush den Rückzug größerer Truppenverbände aus Deutschland an. John Kerry kritisierte ihn dafür: Es sei nicht die richtige Zeit, nicht die richtige Methode. Warum? Der Kalte Krieg ist seit mehr als einem Jahrzehnt vorbei.

Holbrooke: Truppenverlegungen gibt es seit der Wiedervereinigung. Drei Viertel der US-Truppen, die im Kalten Krieg in Deutschland standen, sind abgezogen worden. Die restlichen Soldaten sind auf deutschen Wunsch hin im Land, Deutschland zahlt eine Milliarde Dollar pro Jahr für ihren Unterhalt. Sie dienen nicht mehr der Verteidigung Ihres Landes, sondern festigen die gemeinsame deutsch-amerikanische Haltung, falls es um den Einsatz der Nato östlich und südlich von Deutschland geht. Amerika hätte keine Einwände, falls Deutschland eine Truppenreduzierung wünschen würde. Aber die Bush-Regierung hat den Abzug ohne langes Nachdenken über die Konsequenzen für die deutsch-amerikanischen Beziehungen und für Amerikas Engagement in Zentraleuropa verkündet. Und der Präsident hätte das besser nicht als nachträglichen Einfall in einer politischen Rede tun sollen, die von der Parteiführung der Republikaner und nicht etwa vom Weißen Haus initiiert wurde.

SPIEGEL: Ist der Truppenabzug nicht auch ein Zeichen für die militärische Überbeanspruchung der US-Streitkräfte?

Holbrooke: Es ist wahr, unsere Streitkräfte sind ausgedünnt.

SPIEGEL: Ein Grund dafür ist der Irak-Krieg. Worin liegt für Sie die Hauptkritik – dass Saddam Hussein für Amerika keineswegs die beschworene Gefahr darstellte oder dass die Misere im Irak den Hass auf Amerika weiter anfanzt?

Holbrooke: Ich glaube, dass die Mehrheit der Amerikaner die Entmachtung Saddam Husseins für ein legitimes Ziel hält. Aber die Terminierung des Krieges beruhte auf weit gehend falschen Geheimdienst-Einschätzungen – wonach Saddam Massenvernichtungswaffen besaß, die binnen 45 Minuten einsatzbereit gewesen wären, wie Tony Blair sagte. In der ersten militärischen Phase des Krieges ging es schnell und effektiv voran. Doch die zweite Phase nach dem Einmarsch der Truppen in Bagdad war ein Desaster. Fast tausend Amerikaner sind bisher im Irak ums Leben gekommen. Die Kämpfe in Nadschaf und im sunnitischen Dreieck forderten viele irakische Opfer. Und das verursacht die zunehmende Flut an Anti-Amerikanismus in anderen Teilen der muslimischen Welt. Darauf gründet sich

UMFRAGE: AUSSENPOLITIK



„Welcher der folgenden Staaten ist derzeit Deutschlands verlässlichster Partner?“

Frankreich

64%



USA

13%



6% Russland

3% Großbritannien

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 24. bis 26. August; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/spontan: „keiner davon“



Kerry: „Deutschland bleibt Amerikas wichtigster Verbündeter in Europa“

Holbrooke: Jeder aus unserer Generation hat seine eigene Biografie und seine eigenen Erinnerungen. Wer wie ich oder John Kerry gedient hat oder wer nicht gedient hat, wer gegen den Krieg war oder sich dem Einsatz entzogen hat – für uns alle, die wir heute in den Fünfzigern oder Sechzigern sind, war Vietnam ein einschneidendes Erlebnis.

Ich glaube aber nicht, dass dieser Krieg meine Generation nach wie vor wie ein Gespenst verfolgt. Allerdings spukt Vietnam durch den Präsidentschaftswahlkampf. Vergangene Woche zum Beispiel drehte sich die gesamte Berichterstattung um diesen Krieg, der schon vor 30 Jahren zu Ende gegangen ist – und das an einem Tag, als im Irak sechs Amerikaner getötet wurden. Das ist schon sehr merkwürdig. Und dabei wird John Kerry, ein dreimal verwundeter und fünfmal ausgezeichnete Kriegsheld, von Leuten angegriffen, die einen Präsidenten unterstützen, der Vietnam zu meiden verstand und nicht einmal den Nachweis antreten kann, dass er seinen Dienst in der Nationalgarde in Alabama ableistete. Und sein Vizepräsident sagt öffentlich, er sei nicht nach Vietnam gegangen, weil er andere Prioritäten hatte.

Ich finde das seltsam, ich finde das bedauerlich. Denn Vietnam ist heute kein Problem, Irak aber ist eines.

SPIEGEL: Wem hilft die Vietnam-Obsession mehr – Kerry oder Bush?

Holbrooke: John Kerry hat Kriegserfahrung, George Bush und Dick Cheney haben sie nicht. Darüber werden die Wähler ihr Urteil fällen. Die Fakten sind bekannt, doch Senator Kerry wird momentan von einigen früheren Vietnam-Veteranen heftig attackiert, die ein angeblich unabhängiges politisches Komitee gegründet haben. In Wahrheit finanzieren texanische Republikaner dieses Komitee. Ihr juristischer Ratgeber war der Justiziar der Bush-Kampagne, weshalb er zurücktreten musste.

SPIEGEL: Wann beginnt die heiße Phase des Wahlkampfes?

Holbrooke: Das nächste Großereignis wird die erste Debatte zwischen Kerry und Bush Ende September sein, glaube ich.

SPIEGEL: Sie waren 1993/94 Botschafter in Deutschland und reisen regelmäßig dorthin ...

Holbrooke: Das nächste Mal bin ich am 9. September in Berlin, um den Jahrestag der Gründung der American Academy zu feiern. Vor zehn Jahren haben Henry Kissinger, Richard von Weizsäcker und ich mit anderen diese Akademie gegründet. Kanzler Schröder wird erstmals dabei sein.

SPIEGEL: Eine gute Gelegenheit, ihm die Außenpolitik Kerrys nahe zu bringen.

Holbrooke: Es ist mir immer eine Ehre, den Kanzler zu treffen.

SPIEGEL: Herr Botschafter, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

ÄQUATORIALGUINEA

Rüde Methoden

Söldner stehen vor Gericht – sie sollen einen Putsch geplant haben, in den angeblich auch noch der Sohn von Maggie Thatcher verwickelt war.



FRANÇOIS GUILLOT / AFP

Präsident Biang

Alle paar Jahre eine neue Verschwörung

Viel hat ein Fremder nicht zu erwarten in Äquatorialguineas Hauptstadt Malabo und deren Umgebung. Die einstige spanische Kolonie, flächenmäßig fast so groß wie Brandenburg und einwohnerstark wie Hannover, war einst ein verschlafener Kaffee- und Kakao-Staat: Das Telefonbuch hatte zwei Seiten, zwei Autos auf der Straße waren ein Stau, und das einzige Hotel verfügte weder über Strom noch fließend Wasser. Laut „Guardian“ waren die damaligen Machthaber gar bereit, die Regierungsgewalt für das verarmte Staatsgebilde – ein paar Inseln und ein Streifen Festland zwischen Kamerun und Gabun – für 559 000 britische Pfund an Kamerun zu verschern.

Doch seit Anfang der neunziger Jahre riesige Ölfelder gefunden wurden, ist Äquatorialguinea Schwarzafrikas viertgrößter Ölproduzent; große amerikanische Fördergesellschaften geben sich in Malabo die Klinke in die Hand. 80 Prozent der Einkünfte aus dem einträglichen Geschäft freilich sollen nach Schätzung der Vereinten Nationen in die Taschen des Diktators Teodoro Obiang Nguema und seiner Entourage fließen.

Der Staatschef befindet sich zurzeit im Mittelpunkt einer Polit-Groteske, in deren Strudel mittlerweile gar der Sohn von Britanniens Eiserner Lady, Sir Mark Thatcher, geraten ist. Der Dandy, vorige Woche in

seinem Wohnort bei Kapstadt vorübergehend verhaftet, soll hinter einem gemeingefährlichen Putschversuch stehen. Das Opfer sollte angeblich Obiang sein. Der paranoide Präsident, der 1979 durch einen Umsturz an die Macht kam und seinen Onkel hinrichten ließ, wird von einer 200-köpfigen marokkanischen Leibgarde geschützt. Alle paar Jahre wittert er eine neue Verschwörung gegen sich.

Bereits Anfang März wurde das angebliche Komplott aufgedeckt. Da verhaftete die Polizei in Äquatorialguinea zahlreiche Ausländer: den vermeintlichen Drahtzieher des Umsturzversuchs, den Südafrikaner Nick du Toit, einige Kasachen und Armenier, einige Äquatorialguineer und auch einen Deutschen: Gerhard Eugen Merz, tätig für eine Firma aus Offenbach.

Schon nach acht Tagen Haft im berüchtigten Black-Beach-Gefängnis am Stadtrand von Malabo starb Merz – an einer nicht behandelten Malaria, sagen die einen; totgefoltert, sagen Menschenrechtler. Das Land ist bekannt für die rüden Methoden im Umgang mit seinen Gegnern.

Ungefähr zeitgleich zu den Verhaftungen in Malabo wurde in Simbawes Hauptstadt Harare eine Boeing festgehalten, in der sich über 60 schon etwas betagte Söldner aus Südafrika befanden, die ehemals zumeist im „Bataillon Buffalo“, einer Sondereinheit des Rassenregimes, dienten.

Im Gepäck hatte die illustre Reisegruppe nur Bolzenschneider, Pfefferspray und Vorschlaghammer. Und der Flug sollte auch nur bis Burundi gehen. Dennoch präsentierten Simbawes Häscher die Männer als jene, die Äquatorialguineas Präsidenten stürzen wollten. Dann ging ihnen noch Simon Mann ins Netz. Der 51-jährige Mitbegründer der Söldneragentur „Executive Outcomes“ ist ein Freund Thatchers. Die Simbawer behaupteten, er habe mit dessen Geld Waffen für den Putsch besorgen wollen: Kalaschnikows, Mörsergranaten und Munition. Deshalb wird den angeblichen Umstürzern nun der Prozess gemacht: den einen in Harare, den anderen in Malabo, weil Südafrika auf die Auslieferung seiner daheim nur „white trash“, weißer Abschaum, genannten Staatsbürger generös verzichtete. Ein Ende der Polit-Posse ist damit noch

nicht in Sicht. Vorigen Freitag sprachen Richter in Harare Simon Mann zwar schuldig, den Kauf gefährlicher Waffen betrieben zu haben. Dem britischen Ex-Offizier drohen bei der Urteilsverkündung am 10. September bis zu zehn Jahre Gefängnis.

66 mitangeklagte Söldner indes, der Großteil der vermeintlichen Putschtruppe, wurden vom Gericht freigesprochen. Sie müssen sich lediglich noch wegen Einreisevergehen verantworten.

THILO THIELKE

